

Die Entwicklung von Lebenslagen und Biographien der Frauen

in den neuen Bundesländern vor und nach der Wende

Hausarbeit für das Proseminar
"Klassen und Schichten in der Bundesrepublik Deutschland"
Sommersemester 1994
Leiter : Richard Utz

vorgelegt von
Monika Kindermann

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------|--|------|
| 1. | Literaturverzeichnis | S. |
| 1 | | |
| 2. | Einleitung | S. |
| 2 | | |
| 3. | Die Lebensumstände der Frauen vor der Wende | S. |
| 3 | | |
| 3.1. | Der familiäre Aspekt | S. |
| 3 | | |
| 3.2. | Der berufliche Aspekt | S. |
| 3 | | |
| 3.2.1. | Frauen in Hochschulberufen | S. |
| 3 | | |
| 3.2.2. | Frauen in anderen Ausbildungsständen | S. |
| 4 | | |
| 3.3. | Frauen und politische Aktivitäten | S. |
| 5 | | |
| 3.4. | Die ideologischen Anforderungen der DDR an die Frauen - das Verhältnis von Fremd- zu Selbstbestimmung | S. |
| 5 | | |
| 4. | Die Lebensumstände der Frauen nach der Wende | S. |
| 7 | | |
| 4.1. | Der familiäre Aspekt | S. |
| 7 | | |
| 4.2. | Der berufliche Aspekt | S. |
| 8 | | |
| 4.2.1. | Die Struktur der Arbeitslosigkeit | S. |
| 8 | | |
| 4.2.2. | Die Biographie - weiterhin identisch mit der Erwerbs- biographie | |
| ? | | S.11 |
| 4.3. | Der soziale Abstieg und die Betroffenen | S.12 |
| 4.4. | Das Entstehen neuer Identitäten | S.13 |

4.5. Die Familien- und Frauenpolitik im vereinten

| | | |
|-------------|------|----|
| Deutschland | S.14 | 5. |
| Resumée | S.15 | |

Literaturverzeichnis

- Helwig, Gisela, 1982, Frau und Familie in beiden deutschen Staaten, Köln.
- Winkler, Gunnar (Herausgeber), 1990, Sozialreport '90, Berlin.
- Winkler, Gunnar (Herausgeber), 1990, Frauenreport '90, Berlin.
- Koch, Anja, 1991, in Assenmacher, Marianne (Herausgeberin),

Probleme der Einheit, Marburg, Seite 53-73.

- Hildenbrandt, Karin und Stein, Ruth Heidi, 1992, in Schlüter, Anne (Herausgeberin), Arbeitertöchter und ihr sozialer Aufstieg, Weinheim, Seite 144-173.
- Fischer, Evelyne, 1992 in Meyer, Hansgünther (Herausgeber), Soziologentag Leipzig 1991, Berlin, Seite 218-223.
- Schröter, Ursula, 1992, in Meyer, Hansgünther (Herausgeber), Soziologentag Leipzig 1991, Berlin, Seite 319-326.
- Braun, Anneliese, 1992, in Meyer, Hansgünther (Herausgeber), Soziologentag Leipzig 1991, Berlin, Seite 1112-1122.
- Klippenstein, Eva, 1992, in Meyer, Hansgünther (Herausgeber), Soziologentag Leipzig 1991, Berlin, Seite 1174-1177.
- Geißler, Rainer, 1992, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen.
- Voigt, Dieter, 1987, Sozialstruktur der DDR, Darmstadt.
- Lippold, Gerhard, 1992, in Meyer, Hansgünther (Herausgeber), Soziologentag Leipzig 1991, Berlin, Seite 245-255.
- Roloff, Juliane und Assenmacher, Marianne in Assenmacher, Marianne (Herausgeberin) in Frauen am Arbeitsmarkt, Marburg, S. 35-51.
- Beck, Ulrich, 1986, Die Risikogesellschaft- auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main.

-1-

2. Einleitung

Die Wiedervereinigung Deutschlands am Ende des Jahres 1989 warf viele Probleme auf, deren große Tragweite auch heute noch nicht abzusehen ist. Der anfängliche Optimismus vieler Ostdeutscher zu

Beginn der Wiedervereinigung, die man als einen noch lange nicht abgeschlossenen Prozeß betrachten kann, hat sich zunächst in das Gegenteil verkehrt. Die Hoffnungen auf einen besseren Lebensstandard nahmen im Verlaufe des Jahres 1990 stark ab; die Sorgen um den Arbeitsplatz verstärkten sich. Weit stärker als die Männer standen die Frauen dem Einigungsvertrag skeptisch gegenüber. Sie sind augenscheinlich auch in stärkerem Ausmaße der durch die Wende bedingten Veränderungen ausgesetzt.

Die Frauen der DDR im arbeitsfähigen Alter waren zu über 90% berufstätig. Der Unterschied im Ausbildungsniveau war nicht so stark ausgeprägt wie in den alten Bundesländern und ebenso wurde die berufstätige Ehefrau und Mutter in der Familienpolitik im Osten als Idealbild dargestellt, da ein erheblicher Arbeitskräftemangel herrschte, der so gravierend war, daß Gastarbeiter auf Zeit angeworben wurden. Es wurden viele Anreize zur Berufs- und Familientätigkeit geschaffen, wie Krippen- und Kindergartenplätze, vorrangiger Anspruch auf Wohnraum, günstige Familiendarlehen und Arbeitsbedingungen. Diese Vergünstigungen und der "moralische" Zwang zur Frauenarbeit verhalfen auch zu einer sozial wichtigen Rolle in der Gesellschaft für berufstätige Frauen. All diese Vorteile bestehen in diesem Umfang nicht mehr. Daraus kann man schlußfolgern, daß die Frauen stärker der Gefahr der Abhängigkeit und des sozialen Abstieges ausgesetzt sind, da sie in den Bereichen tätig waren, die als erstes der Wende zum Opfer fielen. Dazu gehören viele Verwaltungs-, Dienstleistungs- und die technisch rückständigen Bereiche, wie zum Beispiel die Bekleidungsindustrie, die nun der Konkurrenz zum Opfer fallen.

Gleichzeitig bieten sich allen Bürgern trotz der ökonomischen Misere größere individuelle Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten ihres Lebens. Der Anteil der Freizeit am täglichen Leben ist nach der Wende stark angestiegen. Der Freizeitanteil der Frauen stieg im Mittel jedoch deutlich weniger an als der der Männer, obwohl der Frauenanteil an der Erwerbslosenquote höher ist. Dies könnte darauf schließen lassen, daß sich die neue Freizeit für Frauen, in der Verstärkung der häuslichen Tätigkeit verliert. Gleichzeitig fiel die Wertschätzung der Freizeit im Vergleich zu anderen lebensqualitätsbestimmenden Faktoren (Familie, Beruf, Wohnverhältnisse ...). Allgemein nimmt die Mentalität, die Arbeit als Lebensinhalt zu verstehen nach der Wende stark ab und die Angst vor der nun erforderlichen Individualisierung und Selbstbestimmung stark zu. Die Frauen in der ehemaligen DDR hatten ebenso wie die Frauen in den alten Bundesländern eine Reservefunktion. Ob sie sich weiterhin mit dieser Rolle zufriedengeben und auf familiäre Aufgaben konzentrieren, bleibt abzuwarten. Die Tatsache, daß alte

Rollenklischees auch ihren Kindern bis in die 80er Jahre vermittelt wurden, könnte dafürsprechen.

Ebenso hängt die zukünftige Lebensgestaltung wohl auch von der Schicht ab, aus der die Betroffenen stammen. Es ist anzunehmen, daß die Frauen der "unteren" Schichten eher zum Rückzug bereit sind als höhergestellte Frauen wie z.B. Wissenschaftlerinnen. Die Antwort auf diese Fragen kann nicht gegeben werden, ohne die Verhältnisse zu Zeiten des realen Sozialismus zu betrachten. Die Sozialisationserfahrungen dieser Zeit werden vor allem die Frauen über 30 Jahre geprägt haben.

3. Die Lebensumstände der Frauen vor der Wende

3.1. Der familiäre Aspekt

Das Familienmodell des realen Sozialismus sah es als selbstverständlich an, daß alle Frauen in Vollzeit erwerbstätig waren. Dies hatte ideelle und praktische Gründe. Zunächst gab es für Marx die Rolle der Hausfrau nicht. Auch die Frau war Teil des Kollektivs, welches alle anfallenden Tätigkeiten, auch die im Haushalt, übernahm. Zum Zweiten herrschte ein großer Arbeitskräftemangel, welcher zwangsläufig die Rekrutierung aller verfügbaren Arbeitskräfte zur Folge hatte. Die Familie galt als kleinste Einheit des Kollektivs. Die im Haushalt anfallenden Arbeiten sollten zwischen den Eheleuten angemessen verteilt werden. Diese Gleichverteilung war nur nominell vorhanden. Ca. 70% der Hausarbeit wurden weiterhin von der Ehefrau erledigt. Dieses Modell wurde auch den Kindern, wie im Westen, zusätzlich zur häuslichen Umgebung auch schon in der Schule vermittelt. Diese

Umstände führten dazu, daß trotz intensiver Bemühungen bis in die 80er Jahre 30% der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit arbeiteten. Die Entscheidung mehrere Kinder zu haben, hing stark von dieser Arbeitsform ab, da das Drei-Phasen-Modell (Arbeit, Aussetzen zur Kindererziehung, Wiedereinstieg in den Beruf) nicht ermöglicht wurde, und so gar nicht in das Bewußtsein der Frauen trat.

3.2. Der berufliche Aspekt

3.2.1. Frauen in Hochschulberufen

Die Förderung der Frau wurde bereits 1949 in der Verfassung festgelegt. Dies hatte für die nächsten Jahre keine Bedeutung, da das Hauptaugenmerk auf der Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder lag und somit mit dem Zweiten Weltkrieg als Hintergrund die Kriegsheimkehrer ansprach. Die nun eingerichteten Arbeiter- und Bauernfakultäten (eine Art "zweiter Bildungsweg" zur Erlangung der Hochschulreife) hatten einen Frauenanteil von nur 20%. Bei dem üblichen Weg zur Hochschulreife hatten die

-3-

Förderungsmaßnahmen mehr Erfolg; der Frauenanteil stieg bis zum Jahre 1962 auf ca. 45% an. Dies galt nicht mehr für das Studium. Die doppelte Diskriminierung:

1. ein Arbeiterkind zu sein (Bildung galt trotz allem in der Bevölkerung noch als das Privileg Höhergestellter/ Parteizugehöriger)
 2. Geschlecht Frau (deren natürliche Aufgaben nach wie vor in der Familie zu suchen waren)
- ließ viele vor diesem langen Ausbildungsweg zurückschrecken.

Von denen, die sich doch für ein Studium entschieden, wählte die überwiegende Mehrheit klassisch "weibliche" und somit finanziell wenig lukrative Fachrichtungen (Pädagogik, Sprachwissenschaften, Kunst ...). Hierbei muß ebenso der äußere Zwang, der durch den Staat nicht nur bei der Vergabe der Lehrstellen ausgeübt wurde, berücksichtigt werden, sowie der Mangel an motivierenden Vorbildern im Hochschuldienst (Anfang der 50er Jahre waren nur 85 aller Professuren von einer Frau besetzt und diese Zahl stieg auch nicht mehr wesentlich an).

Bei der nächsten Studentengeneration hatten ganz allgemein schon alle Bevölkerungsschichten die Möglichkeit des Studiums. Jedoch waren mehr Studentinnen aus bildungshöheren Schichten vertreten, was sich auf die bessere finanzielle Lage und ein familiär eher begabungsförderndes Klima zurückführen lässt. Trotz aller Maßnahmen waren die Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Der Anteil der Frauen an den Promovenden lag erst zu Beginn der 70er Jahre bei 28%, auch hier hatten die Frauen aus bildungshöheren Schichten wieder einen Vorsprung. Einen sozialen Aufstieg über das Studium konnten nur wenige verwirklichen.

Bei der Volkszählung 1977 hatten nur 12% der berufstätigen Frauen einen Fachschulabschluß und 4% ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Dies zeigt, daß alte Rollenklischees und die Angst vor der Doppelbelastung Haushalt und in diesem Falle ein anspruchsvoller Beruf weiterhin eine große Rolle bei der

Lebensplanung spielten. Die Ankunft eines Kindes war über die Jahre hinweg der häufigste Grund zum Abbruch des Studiums, trotz finanzieller Unterstützung. Die Frauen in den anspruchsvolleren Berufen konnten keine Vorreiterfunktion übernehmen, obwohl sie stark am beruflichen Weiterkommen interessiert waren. Anfang der 80er Jahre gaben 82% von ihnen an, stark an einer Karriere interessiert zu sein. Dieser Motivation stand die Tatsache entgegen, daß wie in den alten Bundesländern, ihnen der Zutritt zu den Führungsebenen erschwert oder ganz verwehrt war. Dies und die Vorgaben des Staates für ihr Leben können für die neuen Verhältnisse nach der Wiedervereinigung vor allem für die älteren Frauen stark lähmend wirken.

3.2.2. Frauen in anderen Ausbildungsständen

Die Regierung war stark bemüht auch Mädchen an technischen Berufen zu interessieren. Trotz polytechnischen Unterrichts gab es, wie in den alten Bundesländern, einen starken Trend zu typischen Frauenberufen.

-4-

Von Gleichberechtigung kann auch hier nicht gesprochen werden. Frauen übten fast nur ausführende Tätigkeiten aus, selten leitende Funktionen. Ebenso wurden in den frauentypischen Berufssparten die niedrigsten Löhne gezahlt. Durch die vergleichsweise niedrigen Renten wurde Druck ausgeübt, über das Rentenalter hinaus weiterhin beschäftigt zu sein. Auch hier halfen die Vergünstigungen des Staates für Mütter nicht, da zusätzliche Schichtarbeit z.B. in der Bekleidungsindustrie eine zusätzliche Belastung darstellte. Ein sozialer Aufstieg war auch bei den Ausbildungsberufen für Frauen nur selten möglich.

3.3. Frauen und politische Aktivitäten

Wie in allen anderen Bereichen waren die Frauen auch in der Politik unterrepräsentiert. Vom Jahre 1958 bis zum Jahre 1981 stieg der Frauenanteil unter den Abgeordneten von 23,0% auf 31,2%. Auf höheren Ebenen, vor allem in der SED, sank der Frauenanteil auf Null. Die einzige Frau die für einen langen Zeitraum einen Ministerposten innehatte, war die Ehefrau Erich Honeckers, die Ministerin für Volksbildung war. Auch für den politischen Bereich galt wieder der Grundsatz,

je einflußreicher die Positionen, desto weniger Frauen sind vertreten. Dies galt nicht für die unteren und mittleren Bereiche der Gewerkschaften. Mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder waren Frauen und jede Zweite hatte eine Position inne, die über die bloße Mitgliedschaft hinausging.

Es gab nur einen einzigen Frauenverband, den demokratischen Frauenbund. Dieser Verband hatte die Aufgabe seinen Mitgliedern politische Ziele nahezubringen, daß hieß konkret besonders die Frauen, die nicht berufstätig waren zur Erwerbsarbeit anzuhalten. Ab Ende der 60er Jahre begann der DFD seine Frauenförderung. Sie bestand hauptsächlich in politischer Schulung, kultureller Tätigkeit und hauswirtschaftlicher Beratung. Für diese hauswirtschaftliche Beratung wurden Zentren eingerichtet, die großen Zulauf hatten. Der DFD erreichte so 2/3 aller Frauen zwischen 20 und 60.

Von einer echten Wahlmöglichkeit und Entscheidungshilfe bei der Lebensgestaltung und -planung kann hier nicht gesprochen werden. Vielmehr erweckt es den Anschein, daß der weibliche Lebensverlauf einem bestimmten, der wirtschaftlichen Situation angepassten, Muster entsprechen sollte. Die Entscheidung zur Haus- und "Berufsfrau" scheint obligatorisch zu sein, da andere Vorbilder kaum vorhanden waren und negativ bewertet wurden.

3.4. Die ideologischen Anforderungen der DDR an die Frauen - das Verhältnis von Fremd- zu Selbstbestimmung

Der real existierende Sozialismus hatte ganz konkrete Vorstellungen von der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Ein sozialistischer Staat mit einer florierenden Wirtschaft sollte aufgebaut werden. Die ungünstigen demographischen

Gegebenheiten standen dem im Weg (hoher Frauenüberschuß in den frühen Jahren, Abwanderung von ca 3 Mio überwiegend jungen Menschen bis zum Mauerbau, Wohlstandsdenken ab den späten 60ern). Die Geburtenrate blieb stets niedrig und es mangelte an Arbeitskräften. Dies führte zur ideologisch begründeten Mobilisierung weiblicher Arbeitskräfte. Dieser "moralische" Druck, der durch finanzielle Vorteile unterstützt wurde, führte dazu, daß die weiblichen Biographien durch den Arbeitsmarkt bestimmt wurden. Dadurch bedingt entwickelte sich eine Identitätsfindung der Frauen, die eng mit Berufstätigkeit verknüpft war. Die Erwerbstätigkeit wurde im Laufe der Jahre auch von den Frauen als sinngebend für ihr Leben betrachtet. Dies und die Familie

machen die wichtigsten und durchaus bürgerlichen Werte aus. Die Entscheidung zur Teilzeit trafen in den 70er Jahren hauptsächlich die Altersgruppen der 30- bis 40-jährigen und die Rentnerinnen. Die Gründe der 30- bis 40-jährigen lagen in der Doppelbelastung Haushalt - Beruf begründet, da es auch in der ehemaligen DDR den Trend gab, das erste Kind später zu bekommen; Die Tatsache, daß diese Frauengruppe einen Großteil der Teilzeitarbeitenden ausmachte lässt darauf schließen, daß die Fremdbestimmung sich in dieser Altersgruppe weniger bemerkbar machte. Die staatlichen Einflüsse bewirkten eher eine prinzipielle Entscheidung für die Erwerbsarbeit, als das sie Arbeitszeiten in ihrem Sinne beeinflusst hätten. Die Gruppe der Rentnerinnen dagegen musste sich eher aus finanziellen Gründen zur Erwerbstätigkeit entscheiden, da die Durchschnittsrenten sehr gering waren und die materielle Versorgung durch eine Ehe wegen des kriegsbedingten Frauenüberschusses nicht mehr gewährleistet war. Ebenso gab es durch das neue Familienrecht viele geschiedene ältere Frauen und durch Liberalisierungstendenzen viele Ehen "ohne Trauschein", die ebenfalls keine finanzielle Sicherheit boten.

Auch konnte der Staat die angestrebte Drei-Kind-Familie nicht durchsetzen. Die beengten Wohnverhältnisse und der Zeitmangel aufgrund der Berufstätigkeit waren der Hauptgrund weshalb 90% der Frauen (im Jahre 1980) maximal zwei Kinder planten. Die Fremdbestimmung durch den Staat ist deswegen nicht so groß, wie sie durch den ersten Blick auf die ideologischen Grundlagen zu sein scheint. Innerhalb der Grenze überhaupt berufstätig sein zu "müssen", wurden die Biographien noch individuell geplant. Restriktionen ergaben sich aus den verminderten beruflichen Aufstiegschancen für Frauen. Diese Vorgeschichte wird das Verhalten der Frauen auch in Zukunft beeinflussen. Es ist zu erwarten, daß aufgrund des Wegfalls der sozialen Sicherheit, eher deren Wiederherstellung als weitergehende Ziele der Frauen wie Gleichberechtigung und Verbesserung des Lebensstandards allgemein angestrebt wird.

4.1. Der familiäre Aspekt

Die nach der Wende eingetretene Massenarbeitslosigkeit hatte und hat weitreichende Folgen. Über die Hälfte aller Arbeitlosen sind Frauen. Die Arbeit als wichtiger Lebensinhalt ging für sie verloren; es stieg der Wert der Arbeit als Faktor sozialer Sicherheit. Der Optimismus der Ende '89 noch herrschte verkehrte sich in das Gegenteil.

Bereits im Herbst des Jahres 1990 war ein starker Rückzug in die Familie, ob nun aufgrund von bereits bestehender oder drohender Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Dieser Rückzug ging einher mit den Verschlechterungen der Kommunikationsbeziehungen am (noch-) Arbeitsplatz und der Einengung der Aufnahme neuer privater Kontakte.

Die Hausarbeit wird auch noch nach der Wende nach den alten Schemata aufgeteilt. Auffallend ist hier, daß die Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung im Vergleich zu früheren Jahren zugenommen hat. Ca. 1/3 aller Männer und Frauen sind dieser Ansicht (Sozialreport '90). Die durchschnittliche Hausarbeitszeit hat sich verkürzt. Dies kann auch auf die nun bessere Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern zurückgeführt werden, die mit der Erweiterung des Angebots schnell einsetzte. Eine Entlastung könnte für die Frau im Bereich der Kindererziehung auftreten. Besonders in jungen Familien beginnen sich die Väter mit ihren Kindern zu beschäftigen. Dieser Trend, der vor der Wende begann, wird sich wohl weiter fortsetzen, da mit abnehmender Kinderzahl eine intensivere Beschäftigung mit dem einzelnen Kind möglich ist.

Dies sollte für die Entlastung der Frauen jedoch nicht zu stark bewertet werden, da die zeitaufwendigeren Tätigkeiten wie z.B. Pflege des kranken Kindes, Lernen mit dem Kind und versorgende Tätigkeiten weiterhin überwiegend von der Frau ausgeführt werden (Sozialreport '90).

Dem gegenüber stehen die Spannungen in der Familie, die sich aufgrund der Arbeitslosigkeit eines oder beider Partner entwickeln werden. Arbeitslosigkeit galt in sozialistischen Ländern und besonders in der ehemaligen DDR als "asozial", wenn der Betreffende eigentlich noch in der Lage war, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dies drückt sich in einem größeren Konfliktpotential in der unmittelbaren Umgebung, der Familie aus. Die erfolgte soziale Abwertung und Verschlechterung der Lebenslage durch geringeres Einkommen, Einschränkung der sozialen Kontakte und der Kommunikation innerhalb der Familie wird wahrscheinlich abgemildert, wenn die Arbeitslosigkeit als kollektives Schicksal erlebt wird.

Dies ist notwendig, da Arbeitslosigkeit, die als persönliches Versagen erlebt, stark die psychische Belastbarkeit strapaziert. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Sozialisationen, die für

die neuen Bundesbürger nun sowieso unbrauchbar sind, kann man erwarten, daß dieser Druck zu einer weiteren Verringerung

-7-

sozialer Kontakte, Verschlechterungen des Gesundheitszustandes und gerade bei Frauen in depressivem Verhalten mündet (Geißler, 1992). Die Verlierer dieser Entwicklung werden die Kinder der Arbeitslosen sein, die durch die finanziellen Mißstände und mangelndes Interesse an ihnen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten gehindert sein werden.

Wenig geändert hat sich die Einstellung der Frauen zu Familie und Beruf. Nur 1% der Frauen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, konnten sich dazu entschließen, die Arbeitsplatzsuche aufzugeben und sich wieder ganz auf häusliche Tätigkeiten zu konzentrieren (Dunskus/Roloff, 1992). Die Routine, Familie und Berufstätigkeit zu vereinbaren, die die Frauen im Verlaufe der Jahre erworben haben, scheint bei dieser Entscheidung auch eine Rolle zu spielen.

Bevölkerungsprognosen (Sozialreport '90) lassen vermuten, daß wenn man mögliche Ein- und Auswanderungen in den neuen Bundesländern nicht berücksichtigt, der Anteil der Rentner sprunghaft ansteigen und es einen Frauenüberschuß geben wird. Durch die zunehmenden Scheidungsraten und ihre durchschnittlich höhere Lebenserwartung werden sie gezwungen sein, sich Alternativen zu der Lebensform Familie zu schaffen.

4.2. Der berufliche Aspekt

4.2.1. Die Struktur der Arbeitslosigkeit

Die Massenarbeitslosigkeit, die sich mit der Wiedervereinigung ausgebreitet ist für die Bürger der ehemaligen DDR ein völlig neues Phänomen. Arbeitslosigkeit stellte höchstens eine kurzfristige Phase zwischen zwei Arbeitsplätzen dar. Wie diese Arbeitslosigkeit bewältigt wird, ist jetzt noch nicht abzusehen. Die Reaktionen darauf werden sehr unterschiedlich sein, da keine vergleichbaren Erlebnisse vorhanden sind. Es ist zu erwarten, daß vor allem jüngere Personen weiterhin in den Westen abwandern, da sie dort dem Wohlstandsgefälle von West nach Ost entgehen können. Dies wird für eine weitere Überalterung der Bevölkerungsstruktur des Ostens sorgen. Eine weitere Auswirkung der Arbeitslosigkeit

wird die radikale Verschlechterung des Lebensniveaus auf materieller Ebene sein. Persönliche Einschränkungen und Verschuldung, welche in besonderem Maße die Langzeitarbeitslosen betrifft, werden die Folge sein.

Für die Frauen bedeutet die Arbeitslosigkeit eine Angleichung ihrer Beschäftigungsstruktur an westliche Verhältnisse. Ihre Beschäftigungsquote wird für die nächsten Jahre weiterhin absinken und vielleicht westliches Niveau erreichen. Zum Ende der ehemaligen DDR gab es ca. 8 Mio Beschäftigte. Die Prognosen zur Zahl der nun nicht mehr benötigten Arbeitsplätze betragen eine Million; das wäre jeder 8. Arbeitsplatz. Frauen sind hiervon besonders betroffen, da

- sie in Branchen wie der Textilindustrie tätig waren, die nicht mehr konkurrenzfähig sind

-8-

- sie in Verwaltungsbereichen überproportional vertreten waren und viele dieser Stellen überbesetzt waren
- sie in Bildungsbereichen (Forschungs- und Lehrbereich der sich mit Marxismus/Leninismus befasste) beschäftigt waren, die "abgewickelt" wurden und nun nicht mehr existieren oder bei einer Neugründung von Männern besetzt wurden.
- sie als Risikofaktor für die nun auf Profit angelegten Betriebe gelten
- sie aufgrund von familiären Aufgaben und Mutterschaft in ihrer räumlichen und zeitlichen Mobilität eingeschränkt sind
- sie in der Höhe ihrer Qualifikation trotz früherer Förderungsmaßnahmen hinter ihren männlichen Mitbewerbern zurückstehen.

Die Arbeitslosenquote betrug im Juni 1991

- 8,0% bei den Männern
- 12,0% bei den Frauen

Am stärksten betroffen waren die Frauen in den Verwaltungsberufen;

ihre Quote lag bei 18,8%, gefolgt von den Kauffrauen und den Frauen in den Ernährungsberufen. Die aktuellen Zahlen sehen leider

nur wenig besser aus.

Eine Beschäftigungsmöglichkeit der Zukunft für die Frauen könnte in der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft liegen, deren Berufe in ihr traditionelles Berufsfeld fallen. Beispiele von Investitionen in diesem Sektor, wie zum Beispiel die Stadt Leipzig, sind zur Zeit noch selten. Dem gegenüber steht ein beginnender Trend, bestimmte Dienstleistungsberufe aufzuwerten, die zu DDR-Zeiten kein derart hohes Ansehen hatten, als das dort eine Konkurrenz der Geschlechter daraus entstanden wäre. Diese Sektoren bestehen hauptsächlich aus dem Banken- und

Versicherungsbereich, die zur Zeit ein starkes Wachstum verzeichnen können. Dies und die verhältnismäßig hohen Gehälter lassen nun neue Konkurrenz entstehen (siehe auch Seite 10). Das insgesamt gestiegene Qualifikationsniveau zu DDR-Zeiten kann sich aber auch langfristig positiv, vor allem für die jüngeren Frauen auswirken, wenn sie sich durch Aus- und Weiterbildung für diesen Trend starkmachen. Nach erfolgter Umstrukturierung könnten durch das Abwandern von Personen, die im Gesundheitswesen tätig waren, neue Positionen entstehen, ebenso kann dies nach einer Modernisierung der industriellen Bereiche der Fall sein. Zur Zeit ist dem jedoch nicht so. Die Zahl der Frauen unter den Studienanfängern sinkt. Die Förderungs- und Umschulungsmaßnahmen, die der Staat zur Zeit unterstützt, greifen noch nicht und schließen die Frauen im Hochschuldienst aus. Ebenso können die neu erworbenen Qualifikationen aufgrund strukturell (noch) nicht vorhandener Arbeitsplätze nicht genutzt werden. Die Quote der Frauen bei den neu vermittelten Arbeitnehmern sinkt ständig. Wer länger als ein Jahr arbeitslos ist, hat kaum noch Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz. Dies gilt besonders für die Altersgruppe der 40 bis 55-jährigen, da jüngere Arbeitnehmer bevorzugt werden. Wenn man davon ausgeht, daß die Überalterung der Bevölkerung weiter zunimmt, wird die Zahl der Arbeitnehmer unter 40 Jahren abnehmen und sich so die Chancen für ältere Arbeitnehmer(innen)

-9-

verbessern. Bis dies der Fall sein wird, werden jedoch die Frauen aus den höherqualifizierten Berufen hinausgedrängt, da die jetzt jungen Frauen möglicherweise verstärkt Berufs- und Ausbildungswege einschlagen werden, die der wirtschaftlichen Not angepaßt sind, und somit auf möglichst baldige Erwerbsarbeit abzielen. Gerade in den Arbeiterfamilien mit geringen Einkommen, wird sich wohl wieder die Tendenz verstärken, die Erwerbstätigkeit der Frau als eine untergeordnete Zuerwerbtsfunktion anzusehen. Diese Vorstellung wird durch Wegfall von Vergünstigungen und Erleichterungen für Frauen mit Kindern, also die Angleichung an westliche Verhältnisse (Steuersystem, welches den Hauptverdiener der Familie begünstigt, Wegfall von Hausarbeitstagen, Reduzierung auf ein Babyjahr) staatlich begünstigt. Weiterhin wird die Tatsache, daß die Arbeitslosenquote der Frauen stärker ansteigt, viele Männer in ihrer Ernährerrolle stärker bestätigen. Der Arbeitsmarkt, der zunehmend mehr auf männliche Bewerber zugeschnitten ist (Dunskus/Roloff, siehe Literaturverzeichnis), unterstützt dies. Traditionelle Frauenbereiche wie Verwaltung und Dienstleistungsberufe werden durch durchschnittlich höhere Einkommen im Verhältnis zu DDR-Zeiten und höhere Qualifikationsansprüche wie EDV-Kenntnisse auch für männliche Bewerber attraktiv. Ein weiterer Faktor ist der Einkommensunterschied

zwischen Frauen und Männern, der genau wie in der alten BRD deutlich vorhanden war und ist. Dieser Einkommensunterschied, bei dem die Frauen im Nachteil waren, hat sich durch das gestiegene Qualifikationsniveau nicht wesentlich verändert (Vergleich 1976 zu 1988, Anzahl der Männer mit Hochschulabschluß stieg um ca 30%, bei den Frauen stieg die Anzahl um ca 88%; der Anteil der Männer in den unteren Lohngruppen sank um ca 58%. der Anteil der Frauen um ca 27%; Roloff/Assenmacher). Arbeitslosigkeit bedeutet für Frauen hauptsächlich Langzeitarbeitslosigkeit. Sie entsteht für die Frauen durch die nun vorherrschenden "westlichen" Einstellungskriterien. "Nicht so sehr das Entlassungsrisiko ist geschlechtsspezifisch, sondern die unterschiedlichen Chancen von Männern und Frauen bei der Einmündung in neue Beschäftigungsverhältnisse" (Hildegard Maria Nickel, 1994, S.55). Daß heißt, es werden flexible, ortsungebundene und hochmotivierte Mitarbeiter bevorzugt. All diese Attribute werden eher männlichen Bewerbern zugeordnet, so daß aufgrund der Arbeitsknappheit und des Konkurrenzkampfes der Geschlechter neue Trennungslinien zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigungsgebieten gezogen werden. Zusammengefasst gibt dies wenig Anlaß zu Optimismus in den neuen Bundesländern. Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse der neuen Bundesländer sind von einer Angleichung an die alten weit entfernt und der Sockel der Arbeitslosen wird sich neben älteren und niedrig qualifizierten Arbeitssuchenden auch aus den Frauen rekrutieren.

-10-

4.2.2. Die Biographie - weiterhin identisch mit der Erwerbsbiographie ?

Die Normalbiographie einer Frau in der ehemaligen DDR war zum großen Teil durch die Erwerbstätigkeit bestimmt. Die Gründe hierfür lassen sich auf gesellschaftlichen Zwang, finanzielle Nöte und in jüngeren Generationen zunehmend auch auf persönliche Gründe wie das Bedürfnis nach Kommunikation, Selbstverwirklichung und Anerkennung zurückführen. Das in den alten Bundesländern oft gelebte Drei-Phasen-Modell (Berufstätigkeit, Kindererziehung für

einige Zeit und Wiedereinstieg in den Beruf) kam hier nicht wesentlich zum tragen.

Wie sehen die Lebensentwürfe nun unter den neuen Verhältnissen aus und welche Entscheidungen werden angesichts des Einflusses der schlechten wirtschaftlichen Lage getroffen, da der prophezeite

Aufschwung Ost auch auf lange Sicht noch nicht erkennbar ist ? Zunächst einmal findet ein deutlicher Einschnitt in den beruflichen Laufbahnen durch die Wiedervereinigung statt. Wer aufgrund der nun schlechten wirtschaftlichen Lage arbeitslos wurde, war zunächst einmal zufällig und weniger vom Geschlecht abhängig. Mittlerweile lässt sich aber ein Trend erkennen, Frauen auch von ihren geschlechtstypischen Berufsgebieten zu verdrängen. Dies führt dazu, daß die Wahlmöglichkeiten im Berufsfeld weiter eingeschränkt werden.

Die Präferenz zur kontinuierlichen Berufstätigkeit ist weiterhin vorhanden. Laut Frauenreport '90 wollten 97,5% der befragten Frauen einem Beruf nachgehen. Ca 70% von ihnen wollten dies unbedingt und ca 28% antworteten mit ja, vielleicht. Nur ca 2,5% konnten sich eine Berufstätigkeit auch in Zukunft nicht vorstellen. Die Gründe für den Wunsch nach Erwerbstätigkeit reichten von materiellen Gründen wie der Altersvorsorge, Existenzsicherung und der Tatsache, daß das Einkommen des Ehepartners nicht ausreicht bis zu dem Ziel der Selbstverwirklichung. Der Beruf spielt im Denken der Frauen auch weiterhin eine große Rolle und wird in die Lebensplanung ganz selbstverständlich miteinbezogen. Um diesen Lebensentwurf zu verwirklichen zogen viele Weiterbildungsmöglichkeiten in Betracht.

Und dies taten hauptsächlich ältere Frauen. Einen deutlichen Qualifizierungsbedarf sahen 84% der befragten 35-45jährigen Frauen und ca 80% der über 45-jährigen. Diese hohen Zahlen kamen allerdings auch dadurch zustande, daß viele der Befragten Akademikerinnen waren, die durch die Abwicklung vieler Fachgebiete

darin auch eher einen Anlaß zur Umorientierung sahen.

Dies macht sich auch bei der Frage nach der persönlichen Einschätzung der Zukunftsaussichten bemerkbar. Nur 15% beantworteten diese Frage mit gut. Ca 50% hielten ihre Chancen für

schlecht oder sehr schlecht. Ca 36% waren der Ansicht, daß ihre schlechte Lage nicht von langer Dauer sein werde.

Ein weiterer Beleg für das vorherrschende Lebenskonzept der ununterbrochenen Erwerbstätigkeit ist die Bereitschaft Abstriche vorzunehmen und auf Teilzeitarbeit auszuweichen. Dies zeugt auch von der Bereitschaft, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zugunsten der Familie zu erhalten, zumal die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern auch nach der Wende noch deutlich sichtbar sind (Roloff, Assenmacher, 1991).

Einer Teilzeitarbeit den Vorzug geben würden nur ca 30% der befragten Frauen des Sozialreports. In Notsituationen jedoch würden dies auch ca 2/3 der Befragten tun. Die Bereitschaft sich der vorherrschenden wirtschaftlichen Situation anzupassen und die Berufsbiographie zu modifizieren war zum Befragungszeitpunkt durchaus vorhanden.

Durch die Wiedervereinigung sind deutliche Umbrüche in den Biographien und Erwerbsbiographien entstanden. Bedingt durch den ausbleibenden Aufschwung Ost werden diese Einbrüche auf längere Zeit bestehen bleiben und neue Lebensentwürfe nach sich ziehen. Es ist zu erwarten, daß die Erwerbstätigkeit von Frauen unter den neuen Umständen für Konfliktpotentiale sorgen wird, da sie die Vorteile finanzieller Unabhängigkeit wohl nicht mehr aufgeben wollen. Ob sich die neuen Lebenskonzepte mehr an den Werten der alten oder neuen Bundesländern orientieren wird erst klar zu erkennen sein, wenn die wirtschaftlichen Gegebenheiten echte Wahlmöglichkeiten freigeben.

4.3. Der soziale Abstieg und die Betroffenen

Wie auch in den alten Bundesländern schon in den 80er Jahren gibt es auch nun in den neuen Bundesländern eine sozial relativ breit gestreute "Schicht", die durch drohende oder bereits vorhandene Armut gekennzeichnet ist. Die durch sozialen Abstieg bedrohten sind hauptsächlich Frauen, Arbeitslose/Sozialhilfeempfänger und Rentner.

Um dies zu erklären, muß man das soziale Netz vor der Wiedervereinigung betrachten. In den neuen Bundesländern wurde die Sozialversicherung hauptsächlich von Arbeitnehmern und -gebern getragen. Die Zuschüsse des Staates waren prozentual zum Gesamtaufkommen gesehen, zunächst gering, stiegen jedoch in den 80er Jahren auf fast 50% an. Der Beitrag des Versicherten zur Sozialversicherung war gering; er betrug für die freiwillige und die Pflichtversicherung jeweils 10% des Bruttoeinkommens. Die Ausgaben für soziale Leistungen entfielen hauptsächlich auf Geldleistungen bei Mutterschaft. Ein geringerer Teil wurde für die Rentenversorgung aufgewendet. Die Rentner waren somit auch der Personenkreis der von der Nivellierung der Einkommen allgemein am wenigsten profitierte. Ebenso wie die Einkommen der Arbeitnehmerinnen geringer waren, waren auch die Durchschnittsrenten der Frauen niedriger. In der ehemaligen DDR lebten 1989 ca. 2,8 Millionen Rentner, davon waren etwas über 70% Frauen. Die Durchschnittsrente ("Grundrente" ohne Zuschläge) betrug für Männer 517,63 DM und für Frauen 417,37 DM. Dies macht die Rentner allgemein und die Rentnerinnen im besonderen zu einer

randständigen Gruppe vor und trotz neuer Rentenanpassung auch nach der Wende, da diese Anpassung nicht dem neuen Preisniveau entspricht.

Das Phänomen der Arbeitslosigkeit, abgesehen von der verdeckten Arbeitslosigkeit, gab es zu DDR-Zeiten durch das verbrieftete Recht auf Arbeit nicht. Mit Einsetzen der wirtschaftlichen Krise trat die Arbeitslosigkeit in Bezug auf soziale Schichten breit gestreut

auf. Die drohende Verarmung beginnt erst mit der Langzeitarbeitslosigkeit. Von dieser sind hauptsächlich die Frauen betroffen.

-12-

Die speziellen Risikogruppen sind Frauen,

- die im landwirtschaftlichen Bereich tätig waren, da dieser Sektor stark zu schrumpfen beginnt
- mit kleinen Kindern, da man ihnen geringere Verfügbarkeit am Arbeitsplatz zuschreibt, ebenso alleinerziehende Mütter
- ältere Frauen, da am Arbeitsmarkt junge Kräfte gesucht werden
- alleinstehende Frauen allgemein, da sie im Falle der Arbeitslosigkeit von keinem Partner unterstützt werden können
- die gesundheitliche Probleme haben, die bei einer Vermittlung berücksichtigt werden müssen (Frauen geben bei einer Selbsteinschätzung ihre gesundheitlichen Zustände öfter Probleme an als Männer; Datenreport '90)
- die keine abgeschlossene Ausbildung haben
- die aufgrund des DDR-Rechts nach einer Scheidung keinen Unterhalt beanspruchen konnten

Ein Großteil der arbeitslosen Frauen ist bereits jetzt, nach Arbeitslosengeld und -hilfe, von der Sozialhilfe abhängig, und mit diesen Frauen auch ihre Familienangehörigen. Die Arbeitslosigkeit treibt aber nicht nur ins finanzielle Abseits. Auch die sozialen Belange und Kommunikationsräume werden eingeschränkt, da die Arbeitskollektive, die diese Aufgaben wahrnahmen, nicht mehr existieren.

Somit weitet sich die Armut von den Alten auf weitere Gruppen wie Frauen und Langzeitarbeitslose aus.

4.4. Das Entstehen neuer Identitäten

Die Bürger der ehemaligen DDR mussten mit der Wende einen völligen Umbruch ihrer gesamten Existenz hinnehmen. Zusätzlich zum Verlust ihrer kollektiven Identität und Sichtweise der Gesellschaft, können sie sich nun nicht mehr auf den Staat

als absichernde Instanz verlassen und müssen sich der fortschreitenden Individualisierung der modernen Gesellschaft stellen.

Und zur eigenen muß nun auch noch eine historische Identität geschaffen werden, die in Verbindung mit der Geschichte der alten Bundesländer bestehen kann, so daß keine sozialen Stigmata bestehen bleiben (laut einer emnid-Umfrage glaubten ca 70% aller befragten Ostdeutschen im Juli 1994, daß die sozialen Stigmata ihrer Vergangenheit auf Jahre hinaus bestehen bleiben; Quelle: ntv).

Ein größeres Problem stellt die persönliche Identität dar. Die Unübersichtlichkeit der neuen Verhältnisse, der Arbeitsplatzverlust und die Entwertung der bisherigen Leistungen führte dazu, daß besonders Frauen ihrer Zukunft sorgenvoller entgegenblicken (Schröter 1992, und 1994). Sie betrachteten die Lage Ostdeutschlands wesentlich skeptischer als die männlichen Befragten, hatten größere Schwierigkeiten, sich als Deutsche zu fühlen und sahen weniger Möglichkeiten, Einfluß auf wichtige Fragen zu nehmen. Dies mag zum Teil auch daran liegen, daß mit zunehmender Erwerbslosigkeit Sinnbezüge verlorengehen und gesellschaftlich akzeptierte Ersatzrollen für sie nicht vorhanden sind.

-13-

4.5. Die Familien- und Frauenpolitik im vereinten Deutschland

Die Familienpolitik und der Arbeitsmarkt hingen vor der Wende in beiden deutschen Staaten eng zusammen. Die Familienpolitik der DDR richtete sich hauptsächlich an die Frauen und kann in zwei große Abschnitte aufgeteilt werden. Zunächst wurde aufgrund von Arbeitskräftemangel die Frauenerwerbstätigkeit gefördert. In dieser Zeit wurde auch der Grundstein für ein neues Bewußtsein im Denken der Frauen gelegt, das auf größere, auch finanzielle Unabhängigkeit zielte. In der zweiten Phase wurde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. Die getroffenen Maßnahmen lagen vom Ausmaß her weit über dem Niveau der alten Bundesländer. Mit der Wiedervereinigung fielen viele dieser sozialen Erleichterungen weg und die Vergünstigungen verringerten sich auf das Niveau der alten Bundesländer. Rückblickend kann man erkennen, daß die gegenseitige Abhängigkeit von Familien- und Arbeitsmarktpolitik immer etwas zuungunsten der Familienpolitik ausging. Der Bedarf des Arbeitsmarktes hatte auch im Sozialismus Vorrang. Für die Frauen bedeutet dies nun einen Rückschlag in ihrer Emanzipation und ihrer finanziellen Unabhängigkeit. Die bestehenden Einkommensunterschiede werden sich wohl weiter vergrößern und die Bestrebungen Familie und Beruf zu vereinbaren, werden bis zu einem wirtschaftlichem Aufschwung zurücktreten müssen. Ebenso werden die Frauen in eine Angleichung an westdeutsche Verhältnisse gedrängt. Waren sie für die DDR als

Arbeitskräfte dringend notwendig, so ist es nun wahrscheinlich, daß sie eine Reservefunktion am Arbeitsmarkt übernehmen, die von der Wirtschaft vorgegeben wird. Dies kann heute und in Zukunft ein großes Konfliktpotential darstellen, zumal mit Zusammenbruch der DDR auch die Institutionen, die sich für die Interessen der Frauen einsetzten verschwunden sind. Dies bedeutet auch einen Rückschritt, da die Frauenfragen nun nur noch Teil eines Politikressorts sind. Ebenso sind die Frauenanteile in den politischen Institutionen gesunken.

Die deutsche Einheit hat sich als wesentlich teurer als prognostiziert erwiesen. Die Hilfsprogramme, die erst ein halbes Jahr nach dem Mauerfall gestartet wurden, wirkten nur zum Teil. Das vorhergesagte Wachstum traf nicht ein, so daß eine Angleichung der Verhältnisse von Ost- und Westdeutschland zunächst einmal in weite Ferne rückt.

Dies betrifft ebenso die Wahlfreiheit für Frau oder Mann, sich entweder für die Familie oder den Beruf, oder für beides entscheiden zu können. Die Familienpolitik des vereinten Deutschlands sollte sich nun an langfristigen Zielen der Frauenpolitik orientieren, wie zum Beispiel neue Rahmenbedingungen

für die zeitliche Strukturierung von Berufs- und Hausarbeit, die Überwindung von Vorurteilen gegenüber berufstätigen Frauen und soziale Hilfeleistungen wie z.B. Kindergartenplätze. Eine Anlehnung an Modelle der nordischen Länder (z.B. Schweden und Dänemark), die zum Beispiel ein Mindesteinkommen garantieren und Arbeitsmodelle in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft praktizieren, bei denen die Arbeitszeit einer Stelle geteilt wird, könnte Denkansätze geben.

-14-

5. Resumée

Die Wiedervereinigung Deutschlands ist für die Menschen im Osten sowie im Westen in ihrem ganzen sozialen, politischen und ökonomischen Ausmaß noch nicht abzusehen. Dies gilt vor allem für die Bürger der neuen Bundesländer, die jede Veränderung unmittelbar an sich selbst erleben, und darauf reagieren müssen.

Eine wichtige Komponente des modernen Wohlfahrtsstaates, der nun für ganz Deutschland angestrebt werden soll, ist die Wirtschaft; also für den Einzelnen der Arbeitsmarkt. Der Beruf ist nicht nur der Schlüssel zu finanzieller Sicherheit sondern auch der Zugang zu gesellschaftlicher Anerkennung und zu einer zunehmenden Individualisierung.

Ein Vergleich der Lebensbedingungen der Frauen vor und nach der Wende lässt erkennen, daß die Vorsprünge der Gleichberechtigung im Vergleich zum Westen zwar vorhanden, aber geringer sind, als man dies auf den ersten Blick vermutet. Die Wahlmöglichkeiten der Lebensplanung waren durch den Staat ebenso eingeschränkt und den wirtschaftlichen Interessen nachgeordnet wie im Westen Deutschlands. Desgleichen sind diese Wahlmöglichkeiten auch heute durch die wirtschaftliche Misere dahingehend eingeschränkt, daß bei dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit keine Arbeit vorhanden ist.

Bei den gesellschaftlichen Randgruppen lässt sich eine Angleichung an westliche Verhältnisse verzeichnen. Zusätzlich zur bereits zur benachteiligten Gruppe der Rentner(innen), sind nun auch die Arbeitslosen und alleinerziehende Mütter stark abstiegsgefährdet.

Auch im politischen Bereich lassen sich Rückschläge verzeichnen. Zu einer allgemeinen Politikmüdigkeit kommt noch der Rückgang des Frauenanteils in politischen Institutionen hinzu.

Die soziale Mobilität ist zur Zeit nicht abzusehen. Während vor der Wiedervereinigung durch den Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus (Geißler, 1992) wie in der Bundesrepublik nach oben eine Umschichtung aller Gruppen nach oben stattfand, lässt sich nach der Wende noch kein deutlicher Trend, außer einer sehr hohen Strukturmobilität, erkennen.

In der Wertestruktur der Frauen hat kein grundlegender Wandel stattgefunden. Familie und Beruf stehen immer noch im Vordergrund.

Wohl aber haben sich die Rangfolgen der Sorgen verändert (Schröter, Ursula, 1994). Da die soziale Sicherheit durch den Wegfall des DDR-Regimes nicht mehr gegeben ist, rückten die Sorgen um den Arbeitsplatz, die Wohnung und finanzielle Sicherheit stark auf; die Frauen hatten durchweg höhere Mittelwerte als die Männer.

Trotz dieser schlechten Zukunftsaussichten bejahen immer noch ca. 40% der ostdeutschen Frauen (Schröter, Ursula, 1994) die Veränderungen, die die Einheit mit sich brachte. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, ob sich dieser Prozentsatz wieder erhöht.